Erscheint Mittwochs. Red.-Schluß Sonntag.

Monats-Abonnement 0,30 Goldmark.

Anzeigenpreis: 4 zinnig Nonpareillezeile (Nichtberuf. aufgeschl.) 0,30 Goldmark. Geschäftsanz. Preisgegen die Zeitung.

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Verantwortlicher Redakteur: Otto Trefflich, Nürnberg. Fernspr.-Anschl. 408 Versand- u. Redakt.: Nürnberg 1, Essenweinstraße 1, 1 Telegramm-Adresse: Postscheckkonto: 2080 Expedition „Der Schuhmacher" Nbg.

Nummer 8 — Nürnberg, den 20. Februar 1924 — 38. Jahrgang

Die notwendige Erkenntnis.

Der Gegenstoß der Kapitalisten gegen die proletarischen Errungenschaften hat die Arbeiter vor neue schwere Aufgaben gestellt. Daß die Arbeiterklasse in der Abwehr sich gewachsen zeigt, daß sie richtig zu handeln versteht und sich nicht in unfruchtbarem Theoretisieren oder taktischen Unfähigkeiten verliert, davon wird ihre Selbstbehauptung in erster Linie abhängen.

Eine jede Zeit hat ihre besonderen Aufgaben. Sorgen wir also, daß wir den jetzigen gerecht werden! In allen Zeiten haben die Aelteren von den kommenden Geschlechtern erwartet, daß diese jene Aufgaben lösen werden, die sie selbst nicht erfüllen konnten oder die sie noch gar nicht erkannt hatten. Das Wort, daß jede Zeit ihre besonderen Aufgaben hat, hat aber noch eine andere Bedeutung. Karl Marx hat gesagt, die Ueberlieferungen der Alten lasteten wie ein Alp auf dem Gehirn der Menschen. Sache der Jugend ist es, dieses Bleigewicht (bei aller Hochschätzung des überlieferten Wissens) von sich abzuschütteln, sich insofern geistig freizumachen, als sie neue Bahnen geht.

Diese Last der Ueberlieferungen zeigt sich insbesondere bei den einzelnen Berufs- und Bevölkerungsschichten. Wer erinnert sich nicht der Zeiten, in denen von den „Zopfs" auch in Kreisen von Arbeitern noch in verächtlichem Sinne gesprochen wurde. Wer denkt nicht an den Berufsstolz in den einzelnen Handwerkszweigen, weil man als „gelernter Arbeiter" vor dem andern den Vorzug habe, später einmal selbständig zu werden. Wer erinnert sich nicht des besonderen Berufsstolzes der „ungelernten Arbeiter" und Beamten, die sich gegenüber den gewöhnlichen Arbeitern emporgehoben glaubten.

Alle diese Auffassungen verschwanden, als man einsah, daß der Mensch allein nichts ist in der Welt, daß wirtschaftliche Machtverhältnisse den Lohnempfänger zum Spielball in den Händen anderer machen, als man bemerkte, daß alle Hoffnungen, denen man noch von früher nachjagte, trügerische waren, kurz, als man die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Sozialismus anerkannte.

Die sozialistischen Ideen sind nicht neu. Das heißt es, den „wirtschaftlichen Sozialismus" anzuerkennen? Der Handwerksmeister von ehemals arbeitete für seinen eigenen Betrieb. In unserem kapitalistischen Zeitalter arbeitet der Angestellte oder Arbeiter für den Betrieb eines oder mehrerer Kapitalisten; er arbeitet also für den Betrieb anderer. Der Sozialismus will, daß die Betriebe, für die wir arbeiten, Eigentum der Allgemeinheit werden. Er fordert, daß die Gesellschaft ihre Glieder nicht ihrem Einzelschicksal überläßt, sondern daß dieselben Hand in Hand arbeiten, daß die Gesamtheit wiederum den einzelnen schützen und stützen soll.

Die geistigen Vorkämpfer dieses sozialistischen Zieles in Deutschland waren Karl Marx und Ferdinand Lassalle. Karl Marx glaubte ebenso wie sein intimer Freund Friedrich Engels, die sozialistische Wirtschaftsordnung könne erreicht werden dadurch, daß die Angestellten und Arbeiter die politische Macht im Staate erobern und dann von Gesetzes wegen ihre wirtschaftlichen Ideale dekretieren. Ferdinand Lassalle wollte zunächst „den Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer machen", und zwar durch Produktivgenossenschaften, die vom Staate zu fördern seien. Marx und Engels meinten, die weiter fortschreitende Entwicklung dränge mit Naturnotwendigkeit, also von selbst, auf die Umwandlung in die sozialistische Wirtschaftsordnung. In der Entwicklung zu den Großbetrieben sahen sie die Vorbereitung zum Sozialismus. Man hat ihnen besonders oft vorgeworfen, sie bekämpften der aus den Kleingewerbetreibenden bestehenden Mittelstand. Das war falsch, die wahren Bekämpfer dieses Mittelstandes waren die Kapitalisten, die ihre einzelnen Betriebe immer mehr vergrößerten und sie schließlich zu Konzernen, Syndikaten und Trusts vereinigten.

Marx und Lassalle unterschieden sich also insofern, als der erstere vermeinte, die kapitalistische Entwicklung sei die beste Vorbereitung zur sozialistischen Wirtschaftsordnung, wogegen der andere von dem Gedanken ausging, zur Vorbereitung der sozialistischen Wirtschaftsordnung seien positive wirtschaftliche Handlungen durch die Angestellten und Arbeiter erforderlich.

Fünfundvierzig Jahre nach dem Tode Karl Marx' hatte in Deutschland die Arbeiterschaft im November 1918 die politische Macht. Niemand wird behaupten, daß sie ernstlich versucht hätte, die sozialistische Wirtschaftsordnung durchzuführen. Jahrzehnte kam sie über theoretische Beratungen nicht hinaus, bis die Gegner, die Kapitalisten, wieder anmeldeten, daß sie bereits wieder ihre Macht befestigt hatten. Die Sozialisierungsgesetze vom Jahre 1919 (Kohlenwirtschaft usw.) haben durchaus nicht sozialistische Wirkungen ergeben, weil der sozialistische Geist unter den Arbeitern gefehlt hat. Diese Sozialisierungsgesetze vereinten die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines Berufszweiges zum gemeinsamen Kampfe gegen die Verbraucher durch Preiserhöhungen. Die Verbraucher aber sind die Allgemeinheit.

Die Kommunisten in Rußland haben versucht, den Sozialismus durch Dekrete in die Tat umzusetzen; sie haben sich dort in der politischen Macht behauptet, aber diese Macht reiche nicht aus, die sozialistische Wirtschaftsordnung herzustellen. Die deutsche Arbeiterschaft hat die politische Macht sehr schnell verloren; sie ist infolge dessen erst recht nicht in der Lage gewesen, zu sozialisieren. Dadurch kann man sich heute die Frage vor, ob es genug sein kann, auf den Tag zu warten, an dem die Arbeiterschaft, einschließlich der Angestellten, wieder einmal im Besitz der politischen Macht ist und an dem sie denn versuchen könnte, ihr Programm der wirtschaftlichen Sozialismus durchzuführen. Die Gedanken schweifen vielmehr zu Lassalle zurück, der auch das positive wirtschaftliche Handeln forderte, wie es zum Teil in den Konsumgenossenschaften und in den Sozialen Bauhütten zum Ausdruck kommt, die namentlich von dem Deutschen Baugewerkschaftsbund gestützt werden.

Die Angestellten und Arbeiter müssen aufhören, alles vom Gesetz und von dem Gesetzgeber zu erwarten. Es ist namentlich in den letzten zwei Jahren üblich geworden, nach dem Gesetzgeber zu schreien und von ihm zu glauben daß er von selbst Sozialpolitik im Sinne der Gewerkschaften treibe, daß er von selbst eine sozialistische Wirtschaftspolitik beginne. In diesen Schrei nach dem Gesetzgeber äußerte sich eine gewaltige Ueberschätzung des Parlamentarismus. Wir müssen auch hier auf Lassalle zurückgehen. Lassalle war der entschiedene Vorkämpfer des allgemeinen gleichen Wahlrechts; er war aber auch derjenige, der seinen Zeitgenossen bewiesen machte, daß man nicht ein beschriebenes Stück Papier als eine Verfassung ansehen dürfe. Er sagte, die Verfassung sei nichts anderes als die Gesamtheit der tatsächlichen Machtverhältnisse im Lande. Er nannte die Börse, die Banken, die Industriellen, das Militär, die stammen einzelne Stücke der Verfassung. Zur Parlamentarismus sah er ein Mittel, durch das die tatsächlichen Machtverhältnisse zum Ausdruck kommen könnten. Komisch aber hat er die Sache so dargestellt, als ob der Parlamentarismus selbst eine Kraftquelle sei, was leider heutzutage vielfach geglaubt wird.

In diesem Wahn liegt auch die derzeitige Schwäche der Angestellten und Arbeiter im Sozialsteuerbau begründet. Wie viele haben schon geglaubt, daß sie der Gewerkschaften als Mittel zur Durchsetzung ihrer sozialpolitischen Forderungen nicht mehr bedürfen — das mache ja alles der Reichstag! Der Gesetzgeber aber tut nichts, wenn er nicht durch eine außerhalb des Parlaments befindliche Macht getrieben wird. Und da gegenwärtig die Gewerkschaften verhältnismäßig schwach sind, muß auch dasjenige für die Angestellten und Arbeiter durchaus unbefriedigend ausfallen, was die Gesetzgebung tut.

Dies mit nicht nur für die sozialpolitischen Forderungen. Dies gilt erst recht auch für die Wirtschaftspolitik. Die Unternehmer haben tatsächlich die Machtmittel: die Fabriken, die Maschinen, die wirtschaftlichen Kenntnisse. Infolgedessen bedürfen sie das Wirtschaftsleben. Sie sind daher auch in der Lage, die Wirkungen der gesetzgeberischen Maßnahmen im voraus zu berechnen, sie abzuschätzen. Die Angestellten und Arbeiter merken diese Wirkungen oft erst monatelang hinterher.

Es kann keine sozialistische Wirtschaftspolitik getrieben werden, ohne daß die Angestellten und Arbeiter vorher selbst Wirtschaftler werden. Die Anfänge sind gemacht worden in den erwähnten Konsumgenossenschaften, den Sozialen Bauhütten; aber diese Anfänge sind noch viel zu klein. Der Wunsch allein kann keine neue Welt bauen. Das Reden im Parlament tut's ebensowenig. Zu dem Willen muß die Macht kommen. Zu der Macht gehört die Tat. Es handelt sich darum, den Arbeitnehmern klar zu machen, daß sie durch ihren Beitritt zur Gewerkschaft sich die Machtposition schaffen, die zur Verbesserung ihrer Lebenslage die Grundbedingung ist. Nur durch ihren Willen, indem sie Gewerkschafter geworden sind, haben in dieser Vereinigung die Vorbedingungen zur ihrer Macht erfüllt. Und diese Macht vermag dann mit den gewerkschaftlichen Kampfmitteln auch Taten erzielen, die vom Parlament anerkannt und beachtet werden müssen.

Dasselbe gilt für die Wirtschaftspolitik. Der Arbeitnehmer muß erkennen, daß er nicht nur den Arbeitgeber gegenüber andere Interessen hat, er muß auch wissen, daß er als Verbraucher die gleichen Ziele hat wie alle Arbeitnehmer. Neben dem Berufsegoismus muß die Idee des Zusammenwirkens aller treten. Auf dem Wege über die Wirtschaftsbetriebe der Verbraucher werden die Angestellten und Arbeiter auch den notwendigen Einblick in das gesamte Wirtschaftsgetriebe und in die Gesetze erlangen, die es bewegen.

Nicht tatenlos hoffen, sondern tätig wirken — darin liegt der Weg zum Ziel und nur so erfüllt die neue Welt.

P. P.

Gegen Gewerkschaftszerstörung.

Meinungsfreiheit und Kritik sollen in der Gewerkschaft nicht unterbunden werden. Beide aber müssen sich in dem Rahmen halten, der für den Bestand der Organisation erforderlich ist. Organisation bedeutet an sich schon wortlich Zusammenfassung, zweckmäßige Anordnung untereinander Teile. Ein Kritik in der Gewerkschaft kann sich richten gegen Einzelbeschlüsse oder gegen die Gesamttaktik, sie darf aber nicht zur Opposition, zur Sonderorganisation in der Organisation führen, sie darf nicht außerhalb der Gewerkschaft stehenden Personen, Gruppen oder Parteien Einfluß auf die Organisation einräumen, von ihnen keine Weisungen und Befehle entgegennehmen. Diesem selbstverständlichen Standpunkt hat der Bundesausschuß des ADGB. Ausdruck verliehen in einer Entschließung, die in seiner Tagung vom 15. bis 17. Januar einstimmig angenommen wurde. Sie lautet:

„Entgegen dem Beschluß des Nürnberger Gewerkschaftskongresses, in dem ausdrücklich die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften festgelegt wird, bemühen sich die kommunistischen Parteigänger, die Gewerkschaften zu Organen ihrer Parteipolitik zu machen. Der gegen derartige Bestrebungen gebotene Widerstand der verantwortlichen Gewerkschaftsleitungen wurde mit einer wüsten Hetze gegen die einzelnen Verbandsleitungen und gewerkschaftlichen Zentralstellen beantwortet. Mit allen Mitteln wird von kommunistischer Seite versucht, das Vertrauen der Gewerkschaftsmitglieder zu den eigenen Organisationen zu untergraben, kurzlich eine Opposition zu schaffen, ja daß bei ungestörter Fortsetzung dieses Treibens jede wirksame Gewerkschaftsarbeit verhindert wird.

Unter dem Deckmantel, die Gewerkschaften retten und zur Durchführung des revolutionären Klassenkampfes befähigen zu wollen, hat die Kommunistische Partei innerhalb der Gewerkschaften eine besondere Organisation mit eigener Verwaltung und eigenen Beitragseinziehung aufgebaut. Durch Einberufung einer eigenen Reichskonferenz der Ortsausschüsse des ADGB. und Herausgabe eines eigenen Mitteilungsblattes der Opposition hat diese Sonderorganisation die bisher zur Schau getragene Maske der solidarischen Mitarbeit für die Interessen der Gewerkschaften fallen lassen. Damit wird der schlüssige Beweis erbracht, daß die Opposition selbst vor der Spaltung der Gewerkschaften nicht zurückschreckt, nur um ihre politischen Ziele zu erreichen.

Diese Vorgänge zwingen die Gewerkschaften zur Aufrichtung einer wirksamen Abwehr.

In den Gewerkschaften ist jeder willkommen, der unter Beachtung der Kontrolle und Verbandsbeschlüsse, der Richtlinien und Satzungen des ADGB. gewillt ist, für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft einzutreten. Wer aber diesen Willen nicht hat, sich gar in den Dienst der oben aufgezeichneten Sonderorganisation stellt oder deren Bestrebungen wesentlich Vorschub leistet, stellt sich selbst außerhalb seiner Gewerkschaft. Die Gewerkschaftsbewegung von derartigen Schädlingen zu befreien, erfordert das Interesse der Gesamterhaltung und der unentgeltlichen Kampfkraft der Gewerkschaften.

Zu keiner Zeit war die Einigkeit und Geschlossenheit der Bewegung notwendiger als zur Stunde. Unter dem Druck der Wirtschaftskrise, bes durch die Inflation und durch außenpolitische Bedrängnis entstandenen Elends glaubt das Unternehmertum die Zeit des alten Herrenrechts wieder gekommen. Nur festes Zusammenhalten der Arbeiterschaft vermag hie mit ungeheuer Wucht geführten Angriffe anzuhalten und den Weg zum Aufstieg wieder frei zu machen. Dazu sind die Gewerkschaften das natürliche Bindenmittel, die wertvollste Waffe der Arbeiterschaft. Diese Waffe den Gegnern nicht preisgegeben, die Organisationen nicht durch schleichende Zersetzung aushöhlen zu lassen, muß sich jedes Gewerkschaftsmitglied zur Aufgabe machen.

Der Bundesausschuß erwartet deshalb von allen Gewerkschaftsmitgliedern, daß sie mit aller Entschiedenheit von den gekennzeichneten Zersplitterern der Bewegung abrücken, daß sie die notwendigen Maßnahmen zur Befreiung der Organisation von diesen Schädlingen bereitwillig unterstützen. Nur im einigen Wollen liegt die Burgschaft, das Ziel der freien Mitbestimmung in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen auch erreichen zu können."

Seelsorger und Arbeitgeberinteressen.

Daß manche geistlichen Oberhirten nicht gut über die Arbeitergewerkschaften denken, ist uns ja nicht unbekannt. Hat doch der Regensburger Bischof mit den Worten: „Der Knecht ist, soll Knecht bleiben", deutlich ausgesprochen, daß er dem Aufstieg des Proletariats nicht gnädig ist. Seit der Zeit hat sich in der Welt verschiedenes geändert. Besonders in Deutschland hätte die Nachkriegszeit alle, auch die verbissensten Gegner belehren müssen, wie unrecht man an der Arbeiterbewegung gehandelt hat. Wir hätten begriffen, daß sie, nunmehr belehrt, schweigen; das wäre wenigstens ein Einsichtsmittel, daß sie ihr Unrecht erkennen. Nein, diese patriarchischen Herren brüten sich zur Zeit der gewaltigen Not Deutschlands damit, daß sie andere Sorgen haben.

Man liefe zur Erbauung und Zerstreuung unterhaltung, was eine vor einigen Monaten stattgefundene Bischofszusammenkunft formulierte:

a) Es ist den Katholiken nicht gestattet, den freien Gewerkschaften als Mitglieder anzugehören, einerlei, ob es sich um Gewerkschaftsmitglieder oder Beamte handelt.

b) Wenn die Katholiken die Möglichkeit haben, sich in Verbänden zu organisieren, die ihren religiösen Interessen nicht entgegenstehen, so sind sie verpflichtet, aus den freien Gewerkschaften auszutreten.

c) Geduldet werden kann, daß ein Katholik zeitweilig seinen Namen in den Mitgliederlisten im Einzelfalle wirklich stehen läßt, wenn folgende Umstände zusammentreffen: 1. Wenn der Betritt im guten Glauben erfolgt ist; 2. wenn Aergernis verhütet wird durch die Erklärung, daß die Weiterzahlung nur zur Verhütung schwerer Nachteils erfolge, im übrigen aber jede Gemeinschaft mit der betreffenden Vereinigung vermieden wird; 3. wenn dem Betreffenden oder seiner Familie sonst schwerer Schaden erwächst; 4. wenn nicht für den Betreffenden oder seine Familie die Gefahr des Abfalls vom Glauben besteht; 5. wenn Katholiken trotz erfolgter Erklärung und obwohl ihnen der Beitritt in eine andere Organisation möglich ist, dennoch als Mitglieder in den freien Gewerkschaften verbleiben, so sind sie zu dem Sakramentenempfang nicht mehr zuzulassen.

Die Herren haben denselben ganz und gar die gleichen Gedankengänge wie ihr Kollege Henle in Regensburg. In Deutschland tobt die Not durch die Gassen. Die Gewerkschaften allein geben den vom Hunger Geplagten einigen Rückhalt und — die Herren Bischöfe verbieten es den Arbeitern, mit Hilfe derjenigen Gewerkschaften, die auch wirklich Erfolge verbringen, sich gegen den Hunger zu wehren.

Amtliche Bekanntmachung des Zentraltarifamts der Schuhindustrie

über dessen Sitzung, die am Freitag, 8. Februar 1924, zu Berlin im Meisterhaus, Köthenerstraße 38, stattgefunden hat.

Es waren anwesend:

1. Landesarbeitsdirektor Dr. Gerlitz, Berlin, als Vorsitzender;
2. als Arbeitsnachweisdirektor: die Herren Ruh-Nowawes, Christ-Berlin, Dietzsch-Berlin, Hirschfeld-Frankfurt a. M., Oberwirthaftrat a. D.;
3. als Arbeitnehmerbeisitzer: die Herren Pelse-Dresden, Meckerle-Nürnberg, Damacher-Berlin, Sinrm-Berlin, Niedecker-Frankfurt a. M.;
4. Amtsdirektor Fr. Müller, Berlin, als Schriftführer;
5. als Organisationsvertreter: a) Rechtsanwalt Blaße, Berlin, für den Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten, b) Syndikus Dr. Schief, Berlin, für den deutschen Lederindustrieverband, c) Herr Dr. Nürnberg, für den Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.

Es wurde festgestellt, daß das Zentraltarifamt ordnungsmäßig besetzt ist.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden und mit allseitiger Zustimmung wurde zunächst Punkt 2 der Tagesordnung — Berhandlungen — erledigt. — Die Verhandlungen darüber erfolgt später.

Niedecker wurde in die Verhandlung über Punkt 1 der Tagesordnung eingetreten.

Es traten auf: als Vertreter von Arbeitgeberverbänden: Rechtsanwalt Blaße und Dr. Schief, als Vertreter von Arbeitnehmerverbänden: Herr Ref-Nürnberg.

Betreffend Einreihungen in das Tarifregister wurde beschlossen:

1. Beschluß Lauscha: Der Antrag auf Einreihung ist erledigt, da bei zurzeit keine Betriebe vorhanden. 2. Beschluß Helmbach-Metz (Kreis Meinwald): Einreihung in Ortsklasse 3, zuständig für den Ort ist die Bezirkstarifkommission in Köln. 3. Beschluß Zabern in Zusammen: Einreihung in Ortsklasse 3. 4. Beschluß Weinsheim in Baden: Die Entscheidung wird ausgesetzt. Die Akten sollen dem Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands i. V. bei Herrn Zeyl gegeben, weil über die Einreihung des Ortes bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen entschieden werden soll. 7. Beschluß Wissilinen: Einreihung in Ortsklasse 3. 8. Beschluß Ansbach: Einreihung in Ortsklasse 3. 9. Beschluß Angerstadt: Einreihung in Ortsklasse 3. 10. Beschluß Wirsberg (Ofr.): Einreihung in Ortsklasse 4. 11. Beschluß Altenmuhr bei Gunzenhausen: Einreihung in Ortsklasse 5. 12. Beschluß Wartenfels bei Gadheimach (Ofr.): Einreihung in Ortsklasse 5. 13. Beschluß Weißlingen: Einreihung in Ortsklasse 3. 14. Beschluß Albersheim bei Mannheim: Einreihung in Ortsklasse 1.

Weiterhin wurde beschlossen:

1. den Antrag auf Zuweisung der Orte Kirn an der Nahe, Sobernheim an der Nahe an die Bezirkstarifkommission in Birmasens abzuweisen, weil die Verkehrsverbindungen innerhalb des besagten Gebiets nicht mehr wesentlich günstiger sind als zwischen denselben und anderem Gebiet. 2. Aus denselben Gründe wird Kaiserslautern nicht, wie beantragt, der Bezirkstarifkommission in Birmasens, sondern der Bezirkstarifkommission in Offenbach a. M. zugewiesen.

gez.: Dr. Gerlitz, Vorsitzender. — Müller, Schriftführer.

Kollegen! Haltet unbedingt an den Tarifbestimmungen fest!

Wieviel Weltfremdheit, wieviel Parteinahme für den Kapitalismus liegt doch in diesem Zerrer, der hier an religiösen Gemütern vollbracht wird.

Etwas verschämt und verlegen meint nun die „Deutsche Bederarbeiterzeitung", der Kampf der Gewerkschaften gegen Christentum und Sitte habe einen solchen Beschluß notwendig gemacht. Diese durch nichts gerechtfertigte Behauptung ist doch ein gar zu alter Ladenhüter! Hält das „gutgesinnte" Blättle den Beschluß wirklich als den Nachweis höchster christlicher und sittlicher Vollkommenheit?

Wir wissen, in dem freigewerkschaftlichen Streben gegen Unwesen, Unterdrückung und noch geringer Bezahlung steckt unendlich mehr Sittlichkeit, als in dem schamlosen Unterfangen, die ursprüngliche Religion der Armen und Unterdrückten als Werkzeug für Kapitalisten-wünsche zu benutzen. Die Arbeiter sind zum Glück heute soweit, daß sie sich schönstens dafür bedanken, durch ungerechtfertigten Gewissensdruck sich hier oder dort politischen Bedürfnissen und Angelegenheiten etwas hinreiben zu lassen.

Gewerkschaftlicher Glaube.

„Du und du haben die Gewerkschaften verlogt! — Du und du haben sie nicht so gehandelt, wie ich es wollte! — Und überhaupt gefällt mir bei Leonhard nicht und der Schulze hat in dem Gewerkschaftsbureau noch weniger."

Sind das nicht die Ansprüche, die man in Arbeiterkreisen alle Tage hören kann? Welche Ode hat der Krieg doch mit all seinen Folgerscheinungen in so manche Arbeiterstirne hineingelegt! Haben die Gewerkschaften nicht vor dem Kriege oft genug „verlogt"? Weil ihre Kraft dem kapitalistischen Herrentum nicht gewachsen war und deshalb nicht trotzen konnte? Haben nicht auch damals oft genug Bebmann und Schulze und Müller mißfallen? Und doch! Hoher als aller Mißerfolg in Einzelfällen, höher als alles Mißfallen von einzelnen Personen stand dem Proletariat damals der Gedanke. Um eine Idee, um eine große Idee, die größte Idee ging es damals im ganzen Proletariat, um den Gedanken der Freiheit, der Einheit, des Menschentums. Und so hell leuchtete dieser große proletarische Gedanke damals heraus aus dem Alltag der Gegenwart, daß all die erbärmlichen Kleinigkeiten jedem einzelnen als nichts erschienen.

Die Gewerkschaften sind die gleichen, die sie früher waren. Ihr Einfluß ist in Gegenteil gewachsen, ihre Kulturarbeit ging in so manchen Fällen der letzten Jahre weit über ihren ursprünglichen Rahmen hinaus ins allgemeine soziale Schaffen für das Volk. Wenn man besonders immer wieder dieses Klagen und Jammern und all diese Unzufriedenheit sich bemerkbar machen, so ist das alles nichts als die Folge der bedauerlichen Tatsache, daß das Proletariat in dem grenzenlosen Elend der Kriegs- und Nachkriegszeit seelisch verkümmerte und dann so seinen Glauben, seinen starken, großen, heiligen Glauben an die Menschheit verloren hat.

Nicht als wenn das Proletariat heute an seinem Zukunftsziele zweifelte. Davon ist das Proletariat nach wie vor überzeugt, daß die neue Welt kommen wird. Aber, dem Charakter unserer ganzen Zeit entsprechend, ist dieses Neue, Kommende Erkenntnis, es ruht einseitig im denkenden Verstande.

Da soll es wurzeln. Seit Marx ist die proletarische Auffassung der Welt ein wissenschaftliches Gefüge aus Erkenntnis und Logik zusammengesetzt. Doch früher lebte im ganzen Proletariat viel mehr als heute noch etwas aus dem Feuerherzen von Lassalle. Da war das Wissen des Hirns durchsäuht von der Wärme der Seele, da war der ganze große, weite, herrliche Erkenntnis zugleich ein jubelnder Glaube an die neue Welt.

Arbeitsgenossen! Schwestern! Brüder! Laßt uns hineinwachsen in die ganze Majestät der Welt, die wir da alle wollen! Ueber allem Kleinkram der Gedanke, um den es geht! Und je mehr das Neue in uns lebt in dieser feinen Tiefsinn, innerlichen Majestät, um so mehr verachten wir das Kleine, weil es den Sieg des herrlich Neuen hemmt. Zukunft ward je in der Welt nur errungen, wenn die Erkenntnis des Neuen durchfeelt war von einem stürmenden Schwung jubilierenden Glaubens. Der bürgerlichen Klasse fehlt er. Sie ist alt. Jetzt uns sind kein, denn Großes wurzet unser!

Dr. G. Hoffmann.

Mitteilungen.

Reutlingen-Pfullingen.

Für den außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 11. und 12. Februar wurde Stellung genommen zu dem verschlechterten Entwurf der Unternehmer zum neuen Reichstarif. Eine Verlängerung der Arbeitszeit in der Schuhindustrie ist, so wurde ausgeführt, mit gar nichts zu begründen, das beweisen schon die Produktionssteigerungen. Seit Januar 1922 seien die Fabrikanten nicht in der Lage, ihre Betriebe aufrechtzuerhalten. Die waren die ersten, die Kurzarbeit einführten. Zeemann protestiert die Arbeitszeitverlängerung der beschäftigten Schuhmacher. Das Verhandlungsergebnis und weiteres Verhandeln wird es die Arbeiterschaft nicht fehlen lassen.

Göppingen-Faurndau.

Scharfe Kritik an den Fabrikationsverhältnissen zur Tariferneuerung übte die stattliche Mitgliederversammlung. Zu den Vorschlägen zu den §§ 2 und 3 müsse Stellung genommen werden. Die Arbeiter protestieren gegen das Verlangen auf Arbeitszeitverlängerung, da doch nicht einmal für 40 Stunden Beschäftigung vorhanden ist, müsse als Ausdruck reinen Machtstreits angesehen werden. Recht drastisch und zutreffend ist die Bemerkung eines Redners, daß die Verdienung von 54 Stunden zurückgingen am Glase wäre für Arbeiter, die schon monatelang nur 24 Stunden arbeiten, damit sie sich erholen könnten; aber jetzt von diesen ausgenutzten Arbeitern die 54-Stunden-Arbeit zu verlangen, das ist denn doch zu stark. Wenn von Einigungsämtern gerechtet werde, müsse doch auch einmal gefragt werden, wo die Kapitalisten herkommen, mit denen Konzerne der Schuhindustrie die Arbeiterschaft ausbeutischer Betriebe auf kaufen. Die proletarischen Abbrüche am Lohn bei den Akkordlöhnen seien ebenso rücksichtslos als bedauerlich wie der Vorschlag in § 11 (Akkordsätzen). Ferner wurde die Verlegung von Faurndau in die 2. Ortsklasse bei den kommenden Tarifverhandlungen gefordert, wofür nun Mitteilungen an den Zentralvorstand erfolgen sollen.

Nehmt Euch der Jugend an!

Die schwere Zeit mit all ihren Begleiterscheinungen, die wir heute durchzumachen haben, lastet außerordentlich hart auf unserer Jugend. Der Verband hat sich immer mit besonderem Eifer der Jugend angenommen, sodaß auch der bisherigen Tätigkeit jeder junge Arbeiter, auch der zurückgebliebenste, von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Gewerkschaftsorganisation und ihrem Vorteil für die ganze Arbeiterklasse überzeugt sein müßte. Mancher Jugendliche begreift aber noch heute die Bedeutung der Organisation nicht richtig, weil er das Wesen der Organisation, und ihren Werdegang, die früheren Schwierigkeiten, die früheren Kämpfe nicht selbst miterlebt hat. Trotzdem gilt es für die alten Gewerkschaftskämpfer, Hand anzulegen und durch Belehrung und Aufklärung die Jugend auch ihrerseits mit unseren ernsten Aufgaben zu durchdringen. Was uns jetzt überhaupt an Aufklärung durch den Ausfall des geschriebenen Wortes verloren geht, muß durch umso eifrigere Arbeit in Versammlungen ersetzt werden. Bewahrt euch die Liebe zu unserer Gewerkschaft in dieser harten Zeit. Beweist sie durch umso eifrigere Mitarbeit. Es wäre eine sündhafte Nachlässigkeit gegenüber den eigenen Interessen, wenn nicht jedes ältere Gewerkschaftsmitglied mit dafür sorgen wollte, daß der junge Nachwuchs in gewerkschaftlichem Geiste erzogen wird. Nehmt diese Anregungen überall organisatorisch in die Hand durch Einbau von Jugendabteilungen! Die Jugend ist der zukünftige Machtfaktor. Auf der Jugend beruht die Zukunft unserer Bewegung!

rial genug einschränkt sei, damit dieser Mißstand endlich aus der Welt geschafft wird. Der Vorstande schloß die Versammlung mit dem Hinweis, fest zusammenzustehen, denn die bevorstehenden Kämpfe erfordern Geschlossenheit. Rotzende Entschließung wurde einstimmig angenommen: „Die in der Konferenz der Kreise M. u. S. Vertretenen versammelten, aus beiden Bezirksabteilungen bestehende Bezirksabteilungen ist nicht gewillt, den Umwurf der Arbeitszeit nun anzuerkennen; besonders die Vorgängen 2 und 3 des Vertrages bedeuten eine solche Verschlechterung, die unvereinbar ist mit den öffentlichen Aeußerungen in der Presse, die besagen, daß alle Stände Opfer bringen sollen. Hier werden alle Opfer den Arbeitern zugemutet. Auf der einen Seite große Kapitalsammlungen, auf der andern Verelendung und Ausbeutung. Ein solches Vertrauen muß die Gegenseite erweitern. Die Versammelten sollen, daß bei den Tarifverhandlungen die Organisationsvertreter den Fabrikanten die richtige Antwort geben."

Hol i. Bay.

Jeden ersten Dienstag im Monat Mitgliederversammlung bei Kellogen Leopold, Hägerstelle.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Vom 17. Febr. bis 23. Febr. 1924 ist der 8. Beitrag fällig.

Genehmigung von wöchentlichen Extrabeiträgen.

Auf Grund des § 6, Kiffer 1, des Statuts wird den nachstehenden Kabiellen die Erhebung von Extrabeiträgen in der angegebenen Höhe genehmigt: **Galera pro Wettraumarkt:**

Eppenhorf, ab 31. Dezember 1923 (1. Beitragswoche): 5 J. Mutzwerk, ab 6. Beitragswoche; in der 1. Klasse 5 J., in den übrigen Beitragsklassen je 15 J. Gerresheimer, ab 3. Februar (6. Beitragswoche): 20 J. pro Monat. Huberthal, ab 3. Februar (6. Beitragswoche): 5 J. Reidaitz, ab 3. Februar (6. Beitragswoche): 5 J. Ulenberg I, ab 3. Februar (6. Beitragswoche): 5 J. Ebingen, ab 1. Beitragswoche 1924: 5 J. Eggenstein, ab 1. Beitragswoche 1924: 5 J. Faurndau-Göppingen, ab 17. Februar (9. Beitragswoche): 5 J. Berl I, u. 2, ab 3. Februar (6. Beitragswoche): 10 J. Fürth I, Sa., ab 1. Beitragswoche 1924: 5 J. Hechingen, ab 3. Februar (6. Beitragswoche): 5 J. Hof, ab 3. Februar (6. Beitragswoche): 10 J.

Die Mitglieder gemeinsam Gebrauchsmachen wie darauf aufmerksam, daß die Nichtzahlung dieser Lokalbeiträge die Folgen des § 8 Abs. 2 des Statuts nach sich zieht.

Nürnberg, den 9. Februar 1924. — Der Vorstand.

Ortsbeamter gesucht. Für die Zahlstelle Berlin wird möglichst zum sofortigen Antritt ein Ortsbeamter als „erster Vorsitzender" gesucht. Die Bewerber müssen mindestens 5 Jahre der Organisation angehören, reinrassig und agitatorisch begabt sein. Die Bewerber haben mit ihrem Bewerbungsschreiben einen fortgesetzten Nachweis über die Tätigkeit eines Gewerkschaftlichen mit einzureichen. Aus dem Bewerbungsschreiben muß das Alter, sowie ein kurz Bericht über die Arbeiterbewegung hervorgehen. Die Meldungen sind bis zum 5. Februar 1924 mit der Aufschrift „Bewerbungsschreiben an unserem Vorsitz Wagner, Berlin 24 einzureichen. Wegen der Bedeutung der Zahlstelle Berlin nur Berliner Kollegen in Frage kommen. Für Ortsverwaltung. J. A.: Reinh. Dobler.

Ortsbeamter für Erfurt gesucht. Die Zahlstelle Erfurt sucht zum 1. April einen Ortsbeamten. Bewerber müssen jahrelang, laut gelaufen Erwerbungsschreiben aber die Zahlstelle einen Ortsbeamten bei der Ausschreibung „Bewerbung" bis zum 1. März an den Vorsitzenden Kurt Hermann, Tettauerstraße 58, eingereichen. Bisherige Mitgliedschaft und tadelnsfreie Leistungen, Gewerkschaftsbuch und Gewerkschaftsbuch, Wohnungsverhältnisse unumgänglich. J. A.: Fr. Dürich.

Zuschneider

Nur langjährige, auf Fahlleder gut eingearbeitete Kräfte finden gutbezahlte Dauerstellung.
(Für Verheiratete Werkwohnung mit Gartenanteil.)

J. Rumpf & Sohn, Butzbach b. Frankfurt a. M.
(Unbesetztes Gebiet.)

Erzgeb. Schuhfabrik sucht perfekte Schnittfräser und Zuschneider. Off. unter „Erzgeb. 13" an die Exped.

Tüchtige perfekte Zuschneider auf feine Lederstiefel gesucht, sofort gesucht. Offert. an S. Wolff, Schuhfabrik, Mainz.

Perfekter Maschinensteppler guter Organisator des Maschinen- und Handbetriebes für Stiefel Maschinen-Steppler sucht. Offert. unt. „H. S. 24" an die Exped.

Tücht. Steppler zum sofortigen Eintritt für bauernd gesucht. Schönes Zimmer mit oder ohne Pension wird Verfügung. Schuhmacherei Jos. Mitterbauer, Traunstein (Oberbayern).

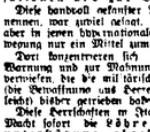
Bei höchstem Verdienstmöglichkeiten
Zuschneider
gesucht. Meldungen haben nur Zweck für erstklassige, perfekte Arbeiter.
Tücht. Stepper nnen
für feine Schuhsteppereien gesucht.
Hüfer, Buckemeyer & Stadtler
Aktien-Gesellschaft
Rahwein in Hachen.

Stahlborsten „Analysta"
— D. R.-P. —
um Topfreile, Schlauch, Unmend. u. lieferbar. Wiederverkäufer Rabatt.
Walter Schulz, Hamburg 23,
Hammerstraße 38.

Bücher, Winkel, Zirkel, Messer u. Modell. Liste „gegen Rückporto.
H. Franke, Arterm 17.

Kernleder-Zuppe schien, Herren 70 M. Kg. Zuschnitte 90 M. Kg. Kinderpaschen 65 M. Paar nur gegen vorherige Einsendung. Größte Posten Paten-Rindsleder.
Eduard Schlüter, Brhmn.

Spezial-Modellfachschule
J. Kröner, Bamberg (Bayern), Heiliggrabstraße 53
praktische Ausbildung von Modelleuren für die Schuhindustrie.
Drei Modell-Grundermaschinen, sowie sämtliche Maschinen, die zum Modellfach gehören, sind vorhanden.
Prospekt gratis — Prima Referenzen — Bei Anfragen Rückporto beifügen.



E. Böttle, Berlin N. 54
Lothringer Straße 83
Generalvertretung bei Firma Johannes Fuchs Söhne, Tuttlingen, für Berlin, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg.
Sämtliche Vorlagen für Haus- u. medicin. Artikel.
Spez. Gut Schwäbische Stocker, Marke „Lockig".
Spezialanfertigungen für Bedürfnisanstalten. — Schädlicher Fabrikat Lammerzh.

Zehn Gebote für Selbstverräter.

1. Sprich schlecht von deinem Verbande bei jeder Gelegenheit, die sich bietet.
2. Trabe stets mit deinem Unterrit oder mit Widersetzlichkeit, wenn die im Verbande etwas nicht paßt.
3. Unterlasse nicht, jedermann haarklein zu erzählen, daß du mit der Tätigkeit deines Verbandes nicht einverstanden bist.
4. Wenn du dich als einem Verbandsmitglieder verkehrst hast, so versäume nie, es dem Verbande entgegen zu setzen.
5. Unterlasse alles, die Arbeit für den Verband verrichten, daß du das nur aus Eigennutz oder um eines Amtes willen oder wegen persönlicher Vorteile tun. Gehe dich aber fortwährend, etwas für deinen Verband zu tun, damit du nicht selbst in der gleichen Weise behandelt wird. Schwänze monatlich die Versammlungen.
6. Erzähle einem jeden, der nicht im Verband ist, wie es eigentlich zu hätte, hätte dich aber, das im Verband selbst zu sagen.
7. Sprich niemals Gutes über die gewaltigen Vorteile deiner Organisation, die an der Verbesserung deiner Verhältnisse arbeiten.
8. Lüsen du etwas gelesen, als andere dich, so lauere, bis einer aus der Versammlung geht, gehe hinter ihm her, ein Versammlungsbericht, das heute über ihn her. Mit deinen besseren Gedanken halte zurückhaltend so lange zurück.
9. Verwerfe nie, aus „prinzipiellen Gründen" in Versammlungen Opposition zu machen, denn du bist die Hilfe der Versammlungen: das Salz, der Pfeffer, die Würzsauce. Wärest du nicht, so würden die Versammlungen unschmackhaft sein.
10. Trifft einmal einer in seinem Sinne das Richtige, so widerspreche bennoch, sonst würde du nicht verlangt der alles besser weiß. Wenn du das alles tust, so darfst du dich rühmen, als ein gewichtiger Mann angesehen zu werden, der eigentlich „der Richtige" wäre.

Das Hakenkreuz-Theater.

Wegen ihrer gerichtenden Tätigkeit und ausgesprochenen Staatsfeindlichkeit ist unter anderen die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" auf Grund des „Gesetzes zum Schutze der Republik" in den meisten Bundesstaaten den Verbot verfallen. Das betreffende Gesetz bestimmt in seinem § 3 u. a. folgendes:

„Zu Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren wird verurteilt: wer an einer gegenwärtigen oder staatsfeindlichen Verbindung (§§ 128, 129 des Strafgesetzes), die die Bestrebung verfolgt, die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches oder eines Landes zu untergraben, teilnimmt oder für, oder im Dienste ihrer Bestrebungen ein Mitglied mit Rat oder Tat, insbesondere durch Geld unterstützt, wer sich einer arbeitenden oder staatsfeindlichen Verbindung anschließt, die selbst oder deren Mitglieder unbefugt Waffen besitzen; wer ein bis dahin verheimlichtes Waffenlager in Eigentum oder Gewahrsam hat und es unterläßt, der Behörde von dem Auffindungsort unverzüglich Kenntnis zu geben. Im besonders schweren Fällen kann die Zuchthausstrafe verhängt werden und neben der Freiheitsstrafe Geldstrafe bis zu 5 Millionen Mark. Mit Gefängnis bis zu 5 Jahren wird die öffentliche Beschimpfung der republikanischen Staatsform und der Reichs- und Bundesfarben bestraft. Mit dieser Strafe wird bestraft, wer von dem Vorhandensein eines Waffenlagers Kenntnis hat und dieses nicht der Behörde anzeigt."

Zur Aburteilung der Verstöße gegen dieses Gesetz ist ein besonderer Staatsgerichtshof eingesetzt worden. Da es als offener Verfassungsbruch angesehen werden muß, wenn Beamte der Republik die in dem Gesetz genannten verfassungsfeindlichen Betrebungen unterstützen, beschloß der Reichstag zum Schutze der Republik noch ein Gesetz, das dem Reichsbeamten seine Verpflichtungen gegenüber der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsgewalt einprägt. Ferner schuf der Reichstag ein Reichskriminalpolizeiamt, das durch seine einzelnen Polizeigebenden Ermittlungen anstellen und allen Polizeibehörden Weisungen erteilen kann, wenn es sich um Eingriffe handelt, durch die Interessen des Reiches unmittelbar berührt werden.

Die deutschen Einzelstaaten nahmen den Kampf gegen die staatsfeindlichen Organisationen und ihre Presse noch dem Erlaß dieser Gesetze zum Teil mit großer Energie auf. Im Preußen wurden auf Grund der Verordnung bzw. des Gesetzes zum Schutze der Republik folgende Vereine aufgelöst: 1. Der Verband nationalgesinnter Soldaten. 2. Der deutsch-völkische Schutz- und Trutzbund. 3. Der Bund der Aufrechten. 4. Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten. 5. Die Hakenkreuzler, Deutsche Sozialpartei. 6. Der Deutsche Orden. 7. Der Bund der Niederdeutschen. 8. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. 9. Der Heimatbund „Mitteldeutschland". 10. Die Deutschsoziale Partei für Niederschlesien.

Bemerkenswert erscheint die Tatsache, daß das Gesetz zum Schutze der Republik erschien mit großer Mehrheit im Reichstage beschlossen wurde, auf die Gegenschaft der „Deutschnationalen Volkspartei" stieß. Bezeichnend für die Stellungnahme dieser Partei ist auch, daß sie sich im Reichstage bemüßigt fühlte, gegen die Auflösung reaktionärer Verbände Ein-spruch zu erheben.

Einzig der bekanntesten Hakenkreuzgebilde, der „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" die ja nun noch den verunglückten Hitlerputsch auch in Bayern verboten wurde, hat man als spontan entstandene vaterländische Bewegung, ähnlich der faszistischen in Italien hinstellen wollen. Es stellte sich aber heraus, daß das nur Komödie war, daß Gelderpresser und Hintermänner bald der Sache, die sie Sagen der Deutschnationalen suchen sind. Die Gründung einer solchen auch-sozialistischen Partei, die nicht das geringste sozialistische an sich hatte, sollte nur die deutschnationale Agitation auch unter die Arbeiterschaft einführen.

Es ist bemerkenswert, besonders jetzt, vor den Wahlen, darauf zurückzukommen was über die Geldquellen dieser Bewegung die Oeffentlichkeit gekommen ist.

Im Frühjahr 1923 stellte die „Süddeutsche demokratische Korrespondenz" fest, daß Herr Dr. Kuhle, der Syndikus des bayerischen Industriellenverbandes, mit Hitler persönlich verbunden habe. Herr Kuhle bestritt zwar, daß durch den Industriellenverband selbst eine Unterstützung der Nationalsozialisten erfolgt sei. Das genannte Blatt hat sich aber dann zu der Aussage veranlaßt, es gestehen Herrn Kuhle sehr gut bekannten Mitgliedern des Industriellenverbandes und sehr freigebigen und großzügigen Geldgebern an Herrn Hitler nicht Personalunion bestehe. Näheres über die Geldquellen der Nationalsozialisten hat man aus dem Munde eines gewissen Wolfgang Preß erfahren, der mit anderen Wortführern dieser Partei in Streit geraten, in der Tageszeitung folgende Enthüllungen machte: „In Bayern kommt ein großer Teil der Gelder, die der völkischen Bewegung zufließen, von norddeutschen Großgrundbesitzern und aus dem oberschlesischen Bürgertum. . . . Für das völkische „Deutsche Abendblatt" in Berlin flossen aus dem Reichslandbund Hunderte von Millionen. Ähnlich ist es auch mit allen anderen völkischen Zeitungen."

Diese Zustände dürften genügen, um den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zu zeigen, was hinter solchen Gründungen, die so gerne den Namen „Arbeiterpartei" annehmen, zu suchen ist.

Die Nationalsozialisten waren eine von reaktionären und schwerindustriellen Geldgebern ausgehaltene, unter Führung von Bankrotteuren stehende, gelbe Sturmtruppe zur Zertrümmerung aller selbständigen Arbeiterorganisationen und zur Vernichtung der Republik.

Diese bankrott gewordenen Menschen die deutschen Faszisten zu nennen, war zudiel gelogen. Faszistische Gedankengänge wird man aber bei ihnen nicht finden. Es ist bezeichnend, daß die Faszisten, denen diese Bewegung nur ein Mittel zum Zwecke sein sollte.

Dort konzentrieren sich die Feinde der Arbeiterschaft. Zur Warnung und zur Mahnung für die Arbeiter sei auf die Politik verwiesen, die die mit türkisch bewaffneten italienischen Faszisten*) (die Bewaffnung aus Kriegsbeständen sind dort verhältnismäßig selten) bisher getrieben haben.

Diese Herrschaften in Italien haben nach der Ergreifung der Macht sofort die Löhne herabgesetzt, die Arbeitslosenunterstützung abgeschafft, die Altersversicherung an private Gesellschaften ausgeliefert, den Mieterschutz aufgehoben, die Luxussteuer, insbesondere die auf Automobile abgebaut, die Erbschaftssteuer abgeschafft, dafür Hochschutzzollpolitik getrieben, die militärische Dienstzeit von 8 auf 18 Monate verlängert, die militärischen Rüstungen und Ausgaben vergrößert, eine Kriegsflotte gebaut, die Arbeitslöhne mit 10 Prozent Steuer belegt, den Achtstundentag durchlöchert und — was allem die Krone aufsetzt — dem Volke das Wahlrecht durch ein schlechtes Surrogat ersetzt. Allen Bünchen des Unternehmertums ist durch die Aufrichtung der Faszisten in Italien entgegengekommen worden. Die Faszisten selbst haben die Gewerkschaften der Arbeiter zerstört und die Gewerkschaften vernichtet und kampfunfähig gemacht.

Anders würde es auch nicht in Deutschland kommen, wenn die deutschen nationalistischen Reichsbegrenzisten in der Lage wären, ans Ruder gelangen zu können.

*) Faszismus. Italienische nationalistische Bewegung bewaffneter Freischaren, die, unter Führung Mussolinis seitdem 1922 die Regierungsgewalt ergriffen. Der Name Faszisten kommt von den Fasces (Bündel Rutenbündel).

Druck: Süddeutsche Verlagsanstalt & Druckerei G. m. b. H. Nürnberg. — Verlag: Zentralverband des Schuhmacher Deutschlands (Sitz Nürnberg), Königstraße 1.